

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 30.01.2024,
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Christel Wegmann Rhede

Mitglieder:

Maja Becker Borken
Barbara Büscher Stadtlohn
Dr. Fabian Eichholz Borken
Benjamin Freytag Heiden

Markus Funke Vreden

Iris Jediß Südlohn
Berthold Langehaneberg Legden
Daniel Schemmer Reken
Barbara Seidensticker-Beining Südlohn
Alfred Wellers Vreden
Heike Wissing Vreden
Georg Wrede Borken

Vertretung für Frau Gundula
Homann
Vertretung für Frau Sarah Vort-
kamp

beratende Mitglieder:

Klaus Eckers Bocholt

Ulrike Elkemann Münster
Christian Fuchs Gescher
Dr. Ansgar Hörster Borken
Christa Luise Stenvers Stadtlohn
Ayhan Tanic Vreden
Brigitte Watermeier Borken

Vertretung für Herrn Matthias
Schlettert
Vertretung für Frau Sigrid Kliem

Vertreter/innen der Verwaltung:

Markus Grotendorst
Klaus Löchteken
Elisabeth Möllenbeck

Es fehlen entschuldigt:

Ernst Brüninghaus	Borken
Thomas Hetgens	Borken
Silke Schluß	Borken
Eva Vehring	Ahaus
Michael Wanning	Borken

Erledigung der Tagesordnung:

Die Vorsitzende Frau Wegmann eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Erschienenen. Sie nimmt die deklaratorische Verpflichtung von Herrn Klaus Eckers auf die Formel für Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören, vor.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: **Vorberatung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2024 - Budget 02 - Jugend und Familie**
Vorlage: 0379/2023/KREIS**

Anhand des Folienvortrages (Anlage 1 zur Sitzungsvorlage) werden die wesentlichen Eckpunkte und Herausforderungen zum Haushalt 2024 vorgestellt.

Einleitend betont Herr Grotendorst, dass das Wachstum der U6-Einwohnerzahl um 21,5 Prozent innerhalb des zurückliegenden Jahrzehnts ein bedeutender Faktor für den zurückliegenden, flächendeckenden Ausbau der Kindertagesbetreuung war. Die im Kindergartenjahr 2022/2023 gesunkene Geburtenrate sei durch weiterhin hohe Zuzugszahlen kompensiert worden. Insgesamt sei derzeit die U6-Einwohnerzahl die höchste seit 20 Jahren, im Planungszeitraum über 5 Jahre werde allerdings von einer stagnierenden Entwicklung ausgegangen. Ausbaubedarfe entstünden vor allem vor dem Hintergrund sozialräumlicher Schwankungen z.B. durch den Neubau von Wohngebieten. Zudem halt der Trend zu einer verstärkten Nachfrage nach früherer und längerer Betreuung an.

Frau Watermeier erläutert unter Bezugnahme auf das Organigramm des Fachbereiches Jugend und Familie die neuen gesetzlich normierten Funktionen des Verfahrenslotsen sowie der Koordination des Kinderschutzes. Überdies sei die Leitung der Sozialen Dienste als neue Stelle eingerichtet worden. Überlagernde Herausforderungen des Haushaltsjahres 2024 seien die Sicherstellung der Unterstützung und Schutzbedarfe von Kindern und ihrer Familien, insbesondere die altersentsprechende Betreuung und Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer sowie die Vorbereitungen auf den perspektivisch zu gewährleistenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich, so Frau Watermeier.

Herr Grotendorst ergänzt für den Bereich der Kindertagesbetreuung, dass das Wachstum des Betreuungsbedarfs den Aufbau bei den Fachkräften weiterhin übertreffe – mit der Folge, dass der Fachkräftemangel absehbar auch in 2024 die Ausbauplanungen erschwere.

Hinsichtlich des Gesamtumlagebedarfs in Höhe von rd. 75,1 Mio. EUR teilt Herr Grotendorst mit, dass die zuletzt inflationsbedingt höher ausgefallenen Tarifabschlüsse flächendeckend in der personalintensiven Kinder- und Jugendhilfe zu entsprechenden Kostensteigerungen führten.

Kreisdirektor Dr. Hörster stellt abschließend in Aussicht, dass nach derzeitiger Sach- und Rechtslage die Veränderungsliste zu geringfügigen Verbesserungen im Rahmen der Haushaltseinbringung führen werde. Die Details hierzu würden für die Kreisausschusssitzung aufbereitet.

Im Übrigen wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

Herr Langehaneberg dankt der Verwaltung für die Zusammenfassung. Er erklärt, dass die mit dem Zahlenwerk verbundenen Herausforderungen immens seien und eine Belastungsgrenze darstellten. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass zukünftig auch über eine Herabsenkung von Standards diskutiert werden müsse. Hierzu sei die CDU bereit. Seitens der Fraktion werde der Haushaltsentwurf unterstützt.

Frau Seidensticker-Beining bedankt sich bei der Verwaltung für die Aufbereitung und erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Frau Becker schließt sich den v.g. Ausführungen für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen an und betont, dass mit dem Haushalt in die Zukunft investiert werde.

Für die FDP-Fraktion erklärt Herr Wellers das Einverständnis zum aufgezeigten Haushalt 2024. Im Angesicht der gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werde das Mögliche unternommen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag, das Budget 02 – Jugend und Familie – des Kreishaushaltes 2024 in der vorliegenden Fassung zu verabschieden.

Punkt 2: Weiterentwicklung der Beratungs- und Hilfsangebote des SkF e.V. Dekanat Ahaus-Vreden zu einer niedrigschwelligen Beratungs- und Anlaufstelle für Familien
Vorlage: 0003/2024/KREIS

Frau Watermeier begrüßt den neuen Geschäftsführer des Sozialdienstes katholischer Frauen Dekanat Ahaus-Vreden e.V. (SkF), Herrn Timo Plaß, und erläutert die geplante konzeptionelle Weiterentwicklung der Anlauf- und Kontaktstelle in Vreden. Kernpunkt sei die Ausweitung der Zielgruppe der Alleinerziehenden hin zu einem Angebot, das allen Familien konkrete, niederschwellige Hilfen anbiete.

Herr Grotendorst teilt klarstellend mit, dass der abgesenkte Trägeranteil auf eine deutliche Reduzierung der Zuschussung durch die Bistumsverwaltung zurückgehe. Anders als in der Vorlage dargelegt, sei der Zuschuss des Bistums aber nicht eingestellt worden. Mit dem Beschlussvorschlag sei eine Anteilsfinanzierung durch den Träger in Höhe von jährlich 10 T-EUR verbunden. Der ungedeckte Anteil werde vom Träger über Spenden finanziert.

Im Übrigen wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem neuen Konzept zu und beschließt die Förderung der Arbeit der Anlauf- und Kontaktstelle Vreden entsprechend der neuen Finanzierungsaufteilung fortzusetzen.

Punkt 3: Bericht über die Umsetzung der Vereinbarungen mit Kindertagespflegepersonen zur Sicherstellung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung
Vorlage: 0383/2023/KREIS

Frau Watermeier berichtet, dass mit dem neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) die Kindertagespflegepersonen stärker in den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung einbezogen würden. Im Rahmen einer interdisziplinären Arbeitsgruppe der Jugendämter im Kreis seien einheitliche Verfahrensstandards abgestimmt worden. Hierzu haben Informationsveranstaltungen für die Kindertagespflegepersonen stattgefunden. Gleichzeitig seien mit diesen die neuen Verfahrensstandards zur Sicherstellung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung schriftlich vereinbart worden.

Im Übrigen wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Umsetzung der Vereinbarungen mit den Kindertagespflegepersonen zur Kenntnis.

Punkt 4: Neuabschluss des Kooperationsvertrages zwischen den Jugendämtern und den Grund- und Förderschulen im Kreis Borken
Vorlage: 0382/2023/KREIS

Frau Möllenbeck führt aus, dass kreisweit bereits seit 2011 Kooperationsverträge zwischen den Jugendämtern im Kreis Borken, den Grund- und Förderschulen (Primarstufe), den Schulleitungen sowie den jeweiligen Schulträgern bestünden. Diese regelten in Kinderschutzfällen verbindliche Verfahrensabläufe. Vor dem Hintergrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen müssten diese nunmehr in einigen formalen und inhaltlichen Punkten nachjustiert werden.

Im Übrigen wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

Kreisdirektor Dr. Hörster bedankt sich bei Frau Möllenbeck für die federführende Koordination und Moderation aller beteiligten Stellen im Rahmen der Vertragserstellung. Gleichzeitig hebt er hervor, dass der Kooperationsvertrag eine gelebte Handreichung darstelle, die bei Verdachtsmomenten auf Kindeswohlgefährdung im Alltag konkrete Bedeutung erlange.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum geplanten Neuabschluss des Kooperationsvertrages zum Kinderschutz zwischen dem Kreisjugendamt und den Grund- und Förderschulen zur Kenntnis.

Punkt 5: Ersatzbau für eine viergruppige Kindertageseinrichtung in Velen mit Erweiterung um zwei Gruppen; Vergabe der Trägerschaft
Vorlage: 0381/2023/KREIS

Bezugnehmend auf die Sitzungsvorlage berichtet Herr Grotendorst, dass mit dem Beschlussvorschlag gleich vier Punkte gelöst würden:

- der erhebliche Sanierungsbedarf der 1950 errichteten Kita St. Andreas,
- ein funktionaler Entwicklungsbedarf der Kita St. Andreas,
- der Mehrbedarf für den Sozialraum Velen aus der mittelfristigen Betreuungsbedarfsplanung für Kinder unter 3 Jahren sowie
- der Mehrbedarf durch die zukünftig verstärkte inklusive Betreuung von Kindern mit Behinderung und einem erhöhten Förderbedarf.

Im Übrigen wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss beschließt im Hinblick auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung in Velen, dass die Trägerschaft für zwei weitere Kita-Gruppen der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul Velen mit der Maßgabe übertragen wird, dass diese Gruppen mit der bestehenden Kita St. Andreas des Trägers zusammengeführt und eine vorausgehend erforderliche Übergangslösung eingerichtet werden.

Punkt 6: Bericht zum Stand der Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2023
Vorlage: 0377/2023/KREIS

Frau Möllenbeck führt in die Sitzungsvorlage ein und verweist auf diese. Sie legt dar, dass auf Grund der Komplexität einige Maßnahmen einer weiteren eingehenden Beratung bedürften und deshalb noch nicht abgeschlossen werden konnten. Frau Möllenbeck bedankt sich bei den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaften für die sehr intensive Zusammenarbeit. Diese habe teils den Charakter eines Qualifizierungsprozesses für die Beteiligten angenommen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenprogrammes 2023 zur Kenntnis.

Punkt 7: Maßnahmenprogramm 2024
Vorlage: 0380/2023/KREIS

Frau Möllenbeck erläutert, dass das Maßnahmenprogramm jährlich verabschiedet werde. Die geplanten Maßnahmen 2024 seien unter Einbeziehung der drei Arbeitsgemeinschaften der Jugendhilfeplanung mit den freien Trägern der Jugendhilfe erarbeitet worden. Der Fokus werde jeweils auf die Themenschwerpunkte ausgerichtet, die aus fachlicher und aus jugendhilfepolitischer Sicht von besonderer Bedeutung seien. Frau Möllenbeck erläutert im Folgenden die Zielsetzungen der Maßnahmen, die in den Planungsbereichen „Tagesbetreuung“, „Jugendarbeit“ und „Hilfen für junge Menschen und Familien“ neben den fortzusetzenden Maßnahmen neu aufgenommen wurden.

Im Übrigen wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss verabschiedet das Maßnahmenprogramm 2024 und beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes mit der Umsetzung.

Punkt 8: Zwischenbericht zur Betreuungsplanung (KiBiz) Kita-Jahr 2024/25
(mündlicher Bericht)

Herr Grotendorst referiert anhand des Folienvortrages zum derzeitigen Stand der Betreuungsbedarfsplanung für das Kita-Jahr 2024/25. Insbesondere die sozialräumlichen Aus- und Umbauvorhaben als auch eine detaillierte Aufbereitung nach Inkrafttreten der überarbeiteten Elternbeitragsatzung ist dem Folienvortrag zum Tagesordnungspunkt zu entnehmen.

Der Zwischenbericht zur Betreuungsbedarfsplanung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9: Stand der Integrationsarbeit und Entwicklung der Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Flüchtlinge
Vorlage: 0015/2024/KREIS

Kreisdirektor Dr. Hörster nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage. Er betont, dass mit dem am 19.01.2024 im Bundestag angenommenen Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts die Hürden zur Einbürgerung herabgesetzt würden. So sei mit der Revision insbesondere eine Verkürzung der Voraufenthaltszeit von acht auf in der Regel fünf Jahre verbunden. Dies werde zu einem erheblichen Anstieg der Antragszahlen auf Einbürgerung führen.

Ergänzend weist Kreisdirektor Dr. Hörster auf den weiterhin stattfindenden, turnusgemäßen digitalen interkommunalen Austausch zu den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hin.

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung

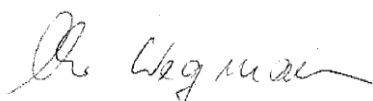
Punkt 10.1: Ehrenamtskalender - Projekt unter Begleitung der Abteilung Kinder- und Jugendförderung

Frau Watermeier und Kreisdirektor Dr. Hörster stellen den Ehrenamtskalender 2024 vor. Ziel sei es, dass der Kalender über seine analoge und digitale Präsenz junge Menschen dazu motiviere sich selbst im Ehrenamt auszuprobieren und zu engagieren. Erstmals sei der Kalender zum „Tag des Ehrenamtes“ am 05. Dezember von den beteiligten Vertreterinnen und Vertretern der Jugendvereine und –verbände vorgestellt worden. Der Kalender werde durch eine Social Media-Kampagne begleitet, über die junge Menschen im Kreisgebiet die Jugendverbände kennenlernen könnten. Frau Watermeier bedankt sich abschließend für die Mitwirkung der am Projekt beteiligten Vereine und Verbände sowie bei den Volksbanken im Kreis Borken, die sich an den Projektkosten beteiligt hätten.

Punkt 11: Anfragen

keine

Die Vorsitzende Frau Wegmann schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.



Christel Wegmann



Klaus Löchteken